

Europäische Bürgerkonferenzen 2009

Österreichische Perspektiven zur wirtschaftlichen und sozialen Zukunft Europas

Europäische
Bürgerinnen- und Bürgerkonferenz in Österreich

21. und 22. März 2009





Europäische Bürgerkonferenzen 2009

Die Europäische Bürgerkonferenzen 2009 (ECC 2009) bieten Bürgerinnen und Bürgern aller 27 EU-Mitgliedsstaaten die Möglichkeit im Vorfeld der Europawahlen 2009 ihre Meinung zur Gestaltung der Zukunft Europas einzubringen. Zur Diskussion steht die Frage:

„Wie kann und soll die EU die wirtschaftliche und soziale Zukunft Europas in einer globalisierten Welt gestalten“

Online-Debatten

Eine europaweite Online-Debatte war der erste Schritt im Prozess der Europäischen Bürgerkonferenzen 2009. Zwischen Dezember 2008 und März 2009 waren Bürgerinnen und Bürger eingeladen sich an einer Online-Debatte zur wirtschaftlichen und sozialen Zukunft Europas zu beteiligen. Die online eingebrachten Vorschläge mit der meisten Zustimmung wurden bei der österreichischen Bürgerkonferenz so wie bei allen anderen nationalen Bürgerkonferenzen vorgestellt und diskutiert.

27 identische Konferenzen

An den 27 Europäischen Bürgerkonferenzen nahmen insgesamt 1.500 Bürgerinnen und Bürger aus allen EU-Mitgliedstaaten teil. Die Bürgerinnen und Bürger wurden von professionellen Forschungsinstitutionen nach dem Zufallsprinzip ausgewählt und spiegelten die demographische Zusammensetzung des jeweiligen Landes wider. Die identischen Konferenzen, die an drei Wochenenden im März 2009 zeitgleich in neun EU-Mitgliedsstaaten stattfanden, sind das Herzstück dieses europaweiten Bürgerbeteiligungsprozesses. Die Bürgerkonferenzen ermöglichen Bürgerinnen und Bürgern, Themen von gemeinsamem Interesse zu diskutieren, Empfehlungen zur wirtschaftlichen und sozialen Zukunft Europas auszuarbeiten und diese mit politischen EntscheidungsträgerInnen zu diskutieren.

Alle 27 Europäischen Bürgerkonferenzen wurden nach denselben Prinzipien und unter gleichen Rahmenbedingungen organisiert. Sie unterschieden sich jedoch in der Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die zwischen 30 und 150 lag. Am 2. Konferenztag hatten die Bürgerinnen und Bürger die einmalige Möglichkeit im Vorfeld der Europawahlen ihre Empfehlungen direkt mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments zu diskutieren.

Europäischer Bürgergipfel

Der Europäische Bürgergipfel wird am 10. und 11. Mai 2009 in Brüssel stattfinden. Es werden 150 Bürgerinnen und Bürger - 10% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 27 nationalen Bürgerkonferenzen - teilnehmen. Beim Bürgergipfel werden die Bürgerinnen und Bürgern die endgültigen „Europäischen Bürgerempfehlungen“ ausarbeiten und diese mit europäischen politischen EntscheidungsträgerInnen diskutieren und VertreterInnen europäischer Institutionen übergeben.

Regionale Dialoge

Die „Europäischen Bürgerempfehlungen“ werden darüber hinaus im Herbst 2009 bei regionalen Dialogveranstaltungen mit den neu gewählten Mitgliedern des Europäischen Parlaments und weiteren politischen EntscheidungsträgerInnen diskutiert.

Partner

Die Europäischen Bürgerkonferenzen 2009 werden von einem Konsortium unabhängiger Not-Profit-Organisationen unter der Leitung der belgischen König-Baudouin-Stiftung organisiert und in Zusammenarbeit mit einem Netzwerk von nationalen Partnern und Sponsoren aus allen EU-Mitgliedsstaaten durchgeführt. Die Europäischen Bürgerkonferenzen 2009 werden von der Europäischen Kommission unter dem Programm „Debate Europe“ gefördert und von der König-Baudouin-Stiftung, der Compagnia die San Paolo, der Robert Bosch Stiftung, sowie der ING und anderen Stiftungen ko-finanziert.

Europäische Bürgerinnen- und Bürgerkonferenz in Österreich

Die Bürgerkonferenz in Österreich versammelte am 21. und 22. März 2009 insgesamt 43 Bürgerinnen und Bürger um österreichische Perspektiven zur wirtschaftlichen und sozialen Zukunft Europas auszuarbeiten. Die Bürgerinnen und Bürger wurden nach dem Zufallsprinzip und unter Berücksichtigung folgender Kriterien ausgewählt: zu gleichen Teilen Frauen und Männer unterschiedlicher Altersgruppen, Bildungsniveaus und mit unterschiedlichem Erwerbsstatus. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden aus möglichst allen Bundesländern und aus Gemeinden unterschiedlicher Größe ausgewählt. Damit wurde versucht einen bestmöglichen repräsentativen Querschnitt der österreichischen Bevölkerung zur Konferenz einzuladen.

Die Europäische Bürgerinnen- und Bürgerkonferenz 2009 in Österreich wurde unter der Schirmherrschaft von Frau Nationalratspräsidentin Maga. Barbara Prammer durchgeführt. Das [Zentrum für Soziale Innovation](#) (ZSI) war für die Umsetzung der österreichischen Konferenz verantwortlich. Kooperationspartner war der [ORF mit Radio Österreich 1](#).

Das ZSI ist eine eigenständige, politisch unabhängige und europaweit führende wissenschaftliche Einrichtung für soziale Innovationen zur Förderung einer offenen und solidarischen Gesellschaft. Als sozialwissenschaftliches Institut versucht das ZSI durch innovativen Einsatz von Forschung, Bildung, Beratung und Koordination von Netzwerken aktiv dazu beizutragen, bestehende Lücken zwischen Bedürfnissen und Potenzialen der modernen Wissens- und Informationsgesellschaft zu schließen.

Die österreichische Bürgerinnen- und Bürgerkonferenz fand am 21. und 22. März 2009 in Wien in den Räumlichkeiten des ORF Radio Kulturhauses (Funkhaus) im Studio 3 in der Argentinierstraße 30A statt. Eröffnet wurde die Konferenz durch:

- Dkfm. Marc Fähndrich, Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich
- Dr. Martin Bernhofer, ORF - Hörfunk / Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft
- Univ.-Prof. Mag. Dr. Josef Hochgerner, Zentrum für Soziale Innovation mit einer Grußbotschaft von Bundespräsident Dr. Heinz Fischer
- Maga. Elisabeth Svoboda, Teilnehmerin der Europäischen Bürgerkonferenz 2007

Zum Abschluss der Konferenz diskutierten die Bürgerinnen und Bürger ihre erarbeiteten Empfehlungen zur Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Zukunft Europas mit österreichischen Abgeordneten des Europaparlaments. Anwesend waren:

- Dr. Maria Berger, Abgeordnete zum Europäischen Parlament, Leitung der SPÖ-Delegation
- Mag. Othmar Karas, Abgeordneter zum Europäischen Parlament, Vizepräsident der EVP-ED-Fraktion und Obmann des ÖVP-Europaklubs im Europäischen Parlament, Leitung der ÖVP-Delegation
- Dr. Evelin Lichtenberger, Abgeordnete zum Europäischen Parlament, Mitglied der Grünen Delegation

Die Empfehlungen der österreichischen Bürgerinnen und Bürger zur Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Zukunft Europas sind Bestandteil dieses Berichtes, der am Ende der Konferenz allen Bürgerinnen und Bürgern, den anwesenden Politikerinnen und Politikern, der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich sowie allen weiteren interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Bürgerkonferenz überreicht wurde. Das ZSI wird neben diesem Kurzbericht eine längere Fassung erstellen. Bitte kontaktieren Sie bei Interesse das Zentrum für Soziale Innovation unter www.zsi.at. Die Ergebnisse der Konferenz werden zudem auf der Website <http://www.europaeische-buergerkonferenzen.eu/at> zur Verfügung gestellt und können damit noch einmal öffentlich kommentiert werden. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der nationalen Konferenzen haben darüber hinaus ab Mitte April die Möglichkeit über die Empfehlungen aus allen EU-Mitgliedsstaaten nochmals abzustimmen.

Österreichische Anliegen der Bürgerinnen und Bürger zur Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Zukunft Europas

Die Bürgerinnen und Bürger brachten Ihre Anliegen insbesondere in den Themenbereichen **Bildung, Energie, Familie, Finanzen und Steuern, Umwelt, Verkehr und Wirtschaft** ein. Beispiele waren etwa der Wunsch nach

- einer Stärkung von Kleinbetrieben
- der Einführung einer übergeordneten Finanzmarktaufsicht
- Anerkennung von Ausbildungen europaweit
- EU-weit abgestimmten verkehrspolitischen Lösungen
- Förderung einer autarken Energieversorgung als Zukunftssicherung
- nach einer tatsächlich am Bedarf orientierter Mindestsicherung
- der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- nach staatlicher Garantie von gleichen sozialen Ansprüchen, z.B. im Bereich Gesundheits-, Alters- und Pflegeversorgung

Weitere Themen, die von den Bürgerinnen und Bürgern angesprochen wurden, waren:

- Arbeit und Entlohnung
- Agrarpolitik
- Armut
- Asyl und Einwanderungspolitik
- Demokratie und Mitbestimmung
- Einkommensgerechtigkeit
- Förderung / Subventionen
- Gleichberechtigung / Gleichstellung
- Tierschutz
- Sozialpolitik
- Gentechnik
- Gesundheits- und Altersvorsorge
- Grundsicherung
- Handel / Binnenmarkt
- Integration
- Kinder und Jugend
- Nachhaltigkeit
- Religion
- Sicherheit
- Wohlstandsgefälle – Oststaaten

Am Ende des ersten Konferenztages wurde über die Vorschläge abgestimmt. Aus den 10 Vorschlägen mit der meisten Zustimmung wurden am zweiten Konferenztage Empfehlungen an die EU erarbeitet.



Frau Silke Van der Piepen, Bürgerin aus Kärnten:
„Ich finde Politik spannend und habe mich deshalb über den Anruf sehr gefreut. Für mich ist es eine Ehre meine Ideen und Vorschläge hier einbringen zu können.“



Empfehlungen der Bürgerinnen- und Bürgerkonferenz in Österreich

Alle erarbeiteten Empfehlungen wurden mit über 80 % Zustimmung von den Bürgerinnen und Bürger angenommen und damit in das Abschlussdokument aufgenommen.

Die EU sollte im Warenverkehr im Sinne der ökologischen Nachhaltigkeit den Umweltschutz als gleichberechtigten Faktor einbeziehen und die Wegekosten für Transport müssen auch Umweltkriterien wie Emissionen aller Art (Lärm, Luftverschmutzung, ...) beinhalten. Keine Förderung von langen Transportwegen.	100%
Die EU sollte - durch Beschluss des Rates - die Mitgliedsstaaten zur Verbesserung der Energiebilanz verpflichten, das heißt insbesondere zu Energieeinsparungsmaßnahmen und zur Erhöhung der Quote von erneuerbaren Energien im Erneuerbaren Energiegesetz. Dazu zählen z. B. dezentrale Energiebereitstellung / eigenverantwortliche Regionen, der Ausbau der energieautarken Gemeinden; entsprechende Forschung soll verstärkt gefördert werden.	100%
Die EU soll den Finanzmarkt (Akteure und Produkte) regulieren, die Regeln mit einer zentralen europäischen Finanzmarktaufsicht kontrollieren und Finanztransaktionen besteuern.	100%
Die EU sollte - um sozialen Spannungen vorzubeugen und die Ressourcen langfristig zu sichern - bei all ihren Beschlüssen (Verordnungen, Richtlinien, Empfehlungen) und auch im Rahmen des Budgets die ökonomischen, ökologischen und sozialen Auswirkungen zwingend auf Nachhaltigkeit prüfen. Entsprechende Vorgaben sind in die Verträge aufzunehmen.	100%
Die EU sollte für sich für eine einheitliche und höhere Besteuerung von Einkommen aus Kapitaltransaktionen (Tobin-Tax) und Produktivitätsgewinne (Wertschöpfungsabgabe) einsetzen. Durch die Abschaffung von Steueroasen soll größere Gerechtigkeit der Steuerbelastung gewährleistet werden.	97%
Die EU soll die Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger stärken sowie Menschen- und Bürgerrechte international sichern. Wichtige Bereiche sind Datenschutz, Rechtssicherheit und die Verpflichtung die Ergebnisse des Plan D (Demokratie) der Kommission in den größeren Medien der Mitgliedsstaaten regelmäßig zu publizieren.	97%
Die EU soll zur Stärkung des Wirtschaftsraums Europa mehr in Ausbildung und Qualifizierung auf allen Ebenen investieren und dafür eine Wertschöpfungsabgabe einführen. Gleichzeitig muss die Vielfalt in der Bildungslandschaft durch öffentliche Finanzierung (national/international) verbessert werden.	97%
Die EU sollte bei bi- und multilateralen Handelsabkommen die Einhaltung ökologischer und sozialer Mindeststandards vereinbaren. Dies dient der Konkurrenzfähigkeit der europäischen Wirtschaft und fördert die soziale und ökologische Entwicklung bei den Handelspartnern. Entsprechende Qualitätssiegel sollen eingeführt bzw. ausgebaut werden (z.B. Fair Trade).	95%
Die EU (die europäische Kommission) sollte bei all ihren sowie bei den von ihr finanzierten Maßnahmen und Vorhaben zwingend darauf achten, dass der Grundsatz "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" von den Vertragspartnern und Auftragnehmern eingehalten wird. Sie soll auf die Mitgliedsstaaten einwirken gleichartige Bestimmungen zu erlassen.	94%
Die EU sollte die Identität ihrer Bürger fördern, dazu gehören EU-weite Vorgaben für eine gezielte Integrationspolitik. Der verpflichtende Erwerb von Sprachkenntnissen des Gastlandes ist ein wesentlicher Baustein für eine funktionierende Integration. Gleichzeitig muss die kulturelle Identität der Einwanderer (soweit sie nicht den Menschenrechten widersprechen) gewahrt bleiben können.	84%

Wie wurden diese Ergebnisse erzielt?

Die Online-Debatte

Vom Dezember 2008 bis zur Bürgerkonferenz in Österreich im März 2009 hatten Bürgerinnen und Bürger die einmalige Gelegenheit ihre Ideen und Vorschläge zur wirtschaftlichen und sozialen Zukunft Europas Online einzubringen. Diese Online-Debatten wurden in allen 27 EU-Mitgliedstaaten in der jeweiligen Landessprache geführt. Die 10 österreichischen Online-Vorschläge mit der meisten Zustimmung sowie die Top-Vorschläge der acht EU-Staaten, die zeitgleich ihre Konferenzen abhielten, wurden bei der Bürgerkonferenz in Wien vorgestellt und von den Teilnehmerinnen und Teilnehmer als Anregung aufgenommen und diskutiert.

Der Prozess der Nationalen Bürgerkonferenzen

Die Ergebnisse der nationalen Bürgerkonferenzen entstanden in mehreren Phasen in kleinen Diskussionsrunden mit Bürgerinnen und Bürgern. Die Zwischenergebnisse wurden laufend in eine zentrale Datenbank eingegeben und mit den Ergebnissen der anderen Diskussionsrunden zusammengeführt. Zudem wurden die Ergebnisse mit Bürgerkonferenzen in anderen EU-Staaten ausgetauscht. Professionelle Moderatorinnen und Moderatoren begleiteten die Diskussionen in den Kleingruppen und stellten sicher, dass jede Stimme gehört wurde. Im Vorfeld erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Hintergrundinformationen zu den Bürgerkonferenzen und die Europäische Union. Spezielles Vorwissen war nicht vorausgesetzt.

Dkfm. Marc Fähndrich, Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich: *„Wir brauchen eine europäische Öffentlichkeit und eine europäische Debatte. Dazu leisten die europäischen Bürgerkonferenzen einen entscheidenden Beitrag.“*



Herr Martin Buchner, Bürger aus Salzburg: *„In Österreich ist eine EU-Verdrossenheit zu spüren. Es braucht helle Köpfe, um die Situation des finanziellen Desasters zu entschärfen. Dazu kann so ein Forum ein erster Schritt sein.“*

Dr. Martin Bernhofer, ORF / Radio Österreich 1, Wissenschaft, Bildung und Gesellschaft: *„Die Medien spielen eine große Rolle bei der Wahrnehmung von Europa. Deswegen freue ich mich sehr, dass die Bürgerkonferenz hier im ORF Funkhaus stattfindet.“*



Tagesablauf	
Vormittag Tag 1	Eröffnung: <ul style="list-style-type: none">▪ Dkfm. Marc Fähndrich, Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich▪ Dr. Martin Bernhofer, ORF - Hörfunk / Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft▪ Univ.-Prof. Mag. Dr. Josef Hochgerner, Zentrum für Soziale Innovation mit einer Grußbotschaft von Bundespräsident Dr. Heinz Fischer▪ Maga. Elisabeth Svoboda, Teilnehmerin der Europäischen Bürgerkonferenz 2007
	Ideen und Anliegen Sammlung erster Ideen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger
Nachmittag Tag 1	Europäischer Austausch Live-Schaltung zu anderen EU-Ländern, die gleichzeitig konferieren
	Entwicklung von Ideen und Vorschlägen Bürgerinnen und Bürger entwickeln Vorschläge zur Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Zukunft Europas - „was soll / muss unternommen werden“
	ExpertInnen-Feedback zu den Vorschlägen (Herausforderungen) ExpertInnen besprechen die erarbeiteten Vorschläge mit den Bürgerinnen und Bürgern
	Reflexion Bürgerinnen und Bürger überdenken / überarbeiten ihre Vorschläge vor dem Hintergrund des Expertenfeedbacks
	Abstimmung über die wichtigsten Vorschläge 10 Vorschläge mit den meisten Zustimmungen werden am nächsten Tag weiter diskutiert
Vormittag Tag 2	Präsentation der Ergebnisse von Tag 1 10 TOP Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger aus Österreich
	Experten-Feedback zu den Vorschlägen (EU-Kompetenzen) ExpertInnen klären wer auf EU-Ebene für die Umsetzung verantwortlich wäre
	Entwicklung der Empfehlungen Bürgerinnen und Bürger entwickeln aus den Vorschlägen ihre Empfehlungen
	BürgerInnen-Feedback Austausch zwischen den Diskussionsrunden und Überarbeitung der Empfehlungen
	Vertrauliche Abstimmung über die 10 wichtigsten Empfehlungen Empfehlungen mit mehr als 50 % Zustimmung werden angenommen
Nachmittag Tag 2	MEP Diskussionsrunde mit <ul style="list-style-type: none">▪ Dr. Maria Berger, Leitung der SPÖ-Delegation▪ Mag. Othmar Karas, Vizepräsident der EVP-ED-Fraktion und Obmann des ÖVP-Europaklubs im Europäischen Parlament, Leitung der ÖVP-Delegation▪ Dr. Evelin Lichtenberger, Mitglied der Grünen Delegation Abgeordnete nehmen Stellung zu den Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger
	Übergabe der österreichischen „Bürgerinnen- und Bürgerempfehlungen“ an <ul style="list-style-type: none">▪ alle anwesenden Bürgerinnen und Bürger▪ die Europaabgeordneten Dr. Maria Berger, Mag. Othmar Karas und Dr. Evelin Lichtenberger▪ Dkfm. Marc Fähndrich, Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich▪ sowie allen interessierten Anwesenden

Über die Bürgerinnen und Bürger, die an der Konferenz in Wien teilgenommen haben:

Tamara Aspöck, Wien	Katarina Maier, Kärnten
Peter Klaus Awecker, Tirol	Lavinia Manta, Wien
Wilfried Blauensteiner, Niederösterreich	Daniel Manta, Wien
Ulrike Brottrager, Niederösterreich	Gerhard May, Salzburg
Dominik Buchmeier, Wien	Franz Mayer, Oberösterreich
Martin Buchner, Salzburg	Markus Mayrhofer, Salzburg
Rainer Daubeck, Niederösterreich	Maria Meier, Steiermark
Charlotte Ebermann, Wien	Nicole Modl, Salzburg
Martin Ellmer, Steiermark	Chstina Nicolae, Steiermark
Gertraud Etzlinger, Oberösterreich	Judith Orth, Niederösterreich
Gertraud Forthuber, Oberösterreich	Kurt Pokorny, Salzburg
Evemarie Gottsmann, Oberösterreich	Wolfram Pschernig, Kärnten
Alfred Habitzl, Niederösterreich	Jürgen Schindler, Vorarlberg
Tamara Habitzl, Wien	Manfred Schmidt, Steiermark
Agnes Holzer, Wien	Bernd Steiner, Steiermark
Otto Hölzl, Oberösterreich	Sarah-Aneb Sulub, Tirol
Peter Jäger, Vorarlberg	Silke Van der Piepen, Kärnten
Erwin Jericha, Wien	Eva Weber, Niederösterreich
Karl-Heinz Kohlberger, Niederösterreich	Franz Wodak, Oberösterreich
Franziska Koller, Niederösterreich	Stephan Wurzian, Wien
Katrin, König Steiermark	Christa Zwitter, Kärnten
Hildegard Link, Tirol	

Die Bürgerinnen und Bürger, die sich bei der Bürgerinnen- und Bürgerkonferenz aktiv eingebracht haben kommen aus unterschiedlichen Bundesländern und sind unterschiedlich alt – etwa je 1/3 ist zwischen 18 und 35, zwischen 36 und 55 und zwischen 56 und 80 Jahre alt. 50 % der oben genannten Bürgerinnen und Bürger sind weiblich, 50 % männlich. Sie verfügen über verschiedene Bildungsabschlüsse und haben unterschiedliche berufliche Umfelder. So brachten unter anderem ein 37jähriger Architekt, eine 28jährige Krankenschwester, eine 65jährige Pensionistin und eine 22jährige in Ausbildung Ihre Stimme zur Zukunft Europas ein.



Was geschieht mit den Ergebnissen?

Die österreichische Bürgerinnen- und Bürgerkonferenz ist eine von 27 nationalen Bürgerkonferenzen die in allen EU-Mitgliedsländern im März 2009 stattfanden. Jede nationale Bürgerkonferenz erarbeitete eine eigene Perspektive mit nationalen Bürgerempfehlungen zur Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Zukunft Europas.

Die österreichischen Ergebnisse – die Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger zur Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Zukunft Europas - werden nach der Konferenz auf der Website <http://www.europaeische-buergerkonferenzen.eu/at/> veröffentlicht und können damit öffentlich eingesehen und kommentiert werden.

Die Ergebnisse aller 27 nationalen Konferenzen werden Ende März zusammengeführt. Ab Mitte April haben alle 1.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 27 nationalen Konferenzen die Möglichkeit über die Empfehlungen aus allen EU-Mitgliedsstaaten nochmals abzustimmen. Die „TOP 15 Empfehlungen“, die aus der Abstimmung hervorgehen, werden am 10. und 11. Mai 2009 beim „Europäischen Bürgergipfel“ in Brüssel zu einem Bündel europäischer Empfehlungen geschnürt und RepräsentantInnen Europäischer Institutionen überreicht. Zum Bürgergipfel eingeladen werden europaweit etwa 10 % jener Bürgerinnen und Bürger, die bereits bei den nationalen Bürgerkonferenzen teilgenommen haben.

Nach dem Bürgergipfel folgen regionale Debatten, um die Ergebnisse der Europäischen Bürgerkonferenzen 2009 einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Diese finden nach den Europawahlen statt und sind ein wichtiger und abschließender Schritt in diesem paneuropäischen Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligungsprozess, den Europäischen Bürgerkonferenzen 2009.

Der Ablauf...





Kontakt

Für weitere Informationen zur Europäischen Bürgerkonferenz 2009 in Österreich, Informationen dazu, wie Sie sich weiter am Prozess beteiligen können oder für Presseunterlagen kontaktieren Sie bitte

Maga. Regina Brandstetter

Zentrum für Soziale Innovation / www.zsi.at
Linke Wienzeile 246
A-1150 Wien
Österreich

Tel.: +43 / 1 / 4950442-55

E-Mail: brandstetter@zsi.at

Unter www.european-citizens-consultations.eu/at werden Sie zudem laufend über den Prozessverlauf und die Europäischen Bürgerkonferenzen 2009 informiert.

Für allgemeine Informationen über die Europäischen Bürgerkonferenzen 2009, wenden Sie sich bitte an den europaweiten Projektkoordinator

Dr. Stefan Schäfers

European Programme Advisor
King Baudouin Foundation
Rue Brederodestraat 21
B-1000 Brüssel
Belgien
E-Mail: schaefers.s@kbs-frb.be